

Cordula Eger
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im
Bürgerbüro

Arnstädter Straße 51
99096 Erfurt

Telefon 0361 / 377 2637
Telefax 0361 / 377 2630

eger@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de

Sparkasse Mittelthüringen
Konto-Nr. 130 089 796
BLZ 820 510 00

Erfurt, 14.11.2008

Dezentrale Lösungen bei der Abwasserentsorgung zulassen

Bürgerinitiativen verabschieden Öffentliche Erklärung zum Thüringer Wassergesetz

Die 65 Teilnehmern aus Bürgerinitiativen, Verbandsräten und einem Vertreter des WAZV Arnstadt u.U. der Informationsveranstaltung „Dezentrale Abwasserentsorgung in Thüringen“ der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 05.11.2008 waren sich einig darüber, dass ein neuer Ansatz in der Thüringer Abwasserpolitik längst überfällig ist.

Die bisher auf zentrale Abwasseranlagen ausgerichtete Förderpolitik des Landes ist offenbar gescheitert, was nunmehr selbst die CDU teilweise eingesteht. Es ist deshalb nur konsequent, künftig stärker auf dezentrale Abwasseranlagen zu orientieren. Tilo Kummer, Vorsitzender des Umweltausschusses im Thüringer Landtags, wies darauf hin, dass auf Grund des Bevölkerungsrückgangs und des sinkenden Wasserverbrauchs die Abwasserkanalnetze gerade im ländlichen Raum dauerhaft nicht mehr betriebswirtschaftlich sinnvoll nutzbar sind. In seinem Vortrag zu den geplanten Änderungen des Thüringer Wassergesetzes teilte er mit, dass bisher die Zweckverbände 3,5 Milliarden EUR im Abwasserbereich investiert und dabei einen Anschlussgrad von rund 70 Prozent erreicht haben. Um die übrigen Grundstücke an zentrale Abwasseranlagen anzuschließen, wären weitere 3,5 Milliarden EUR nach Abgaben der Landesregierung notwendig. Diese Investitionen könnten drastische Beitrags- und Gebührenerhöhungen mit sich bringen. Deshalb muss jetzt konsequent auf dezentrale Abwassersysteme orientiert werden. In diesem Zusammenhang fordert DIE LINKE, dass auch die Förderpolitik des Landes neu ausgerichtet werden muss.

Für Frank Kuschel, dem kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag steht fest, dass für viele Zweckverbände jedoch der geplante Systemwechsel zu spät kommt, weil die Ausrichtung auf zentrale Anlagen schon zu intensiv erfolgte. Das Vorhaben der CDU-Landesregierung, bei der Neufassung des Thüringer Wassergesetzes verstärkt auf

grundstücksbezogene Kläranlagen zu setzen, darf nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der betroffenen Bürger führen. Nach den Vorstellungen der CDU entscheiden ausschließlich die Zweckverbände, welche Grundstücke dauerhaft nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden und deshalb dort eine grundstücksbezogene Anlage zu errichten ist. In dieser Situation ist zu fordern, dass auch diese Kleinkläranlagen durch die Zweckverbände errichtet und bewirtschaftet werden. Nur so kann verhindert werden, dass es künftig erhebliche Unterschiede bei der finanziellen Belastung der Bürger innerhalb eines Zweckverbandes gibt.

Einen interessanten Diskussionsvorschlag unterbreitete der Limnologe Dipl.-Biol. Nikolaus Geiler von r e g i o W A S S E R e.V. mit seinem Vortrag „Dezentralisierung und kreislauforientierte Abwasserentsorgung - eine Perspektive für die ostdeutsche Wasserwirtschaft“. Eine Systemumstellung auf dezentrale Lösungen sei durch Kanalisierungsstopp, Bezuschussung von Hauskläranlagen, Bestandsschutz für Hauskläranlagen, Gewährleistung von Wartung und Kontrolle und „Kleinkläranlagen-TÜV“ möglich und die Anschlusskosten im Vergleich zu zentralen Anschlüssen nicht teurer. Eine Kostenreduzierung sei auch möglich durch Nachbarschaftsverbund, durch Bau einer Kleinkläranlage für bis zu 10 benachbarte Grundstücke (geringere Bau-, Wartungs- und Kontrollkosten und bessere Auslastung und Prozessstabilität).

Im neuen Wassergesetz muss auch geregelt werden, dass alternative Abwasserbehandlungsanlagen wie Teich- und Pflanzenkläranlagen stärker zum Einsatz kommen. Im Einzelfall kann auch die Sanierung bestehender Kleinkläranlagen ausreichend sein, um die erforderlichen Grenzwerte für die Reinigung der Abwässer zu sichern.

Im Ergebnis der Veranstaltung hat die Bürgerallianz Thüringen e.V. als Dachverband von über 100 Bürgerinitiativen, die sich für sozial gerechte Kommunalabgaben einsetzen, eine Öffentliche Erklärung abgegeben. Sie fordert, dass Bürger, deren Abwasser in Kleinkläranlage gereinigt wird, finanziell nicht höher belastet werden als im übrigen Verbandsgebiet. Anders formuliert, der Solidargedanke in den Zweckverbänden darf nicht verloren gehen. Die Kosteneinsparungen durch dezentrale Anlagen müssen allen Bürgern in den jeweiligen Zweckverbände zugute kommen. Die Thüringer Bürgerallianz fordert daher den Landtag auf, im Interesse der Bürger die künftige Abwasserpolitik zu gestalten. Die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE sind hierfür eine gute Diskussionsgrundlage. Diese Vorschläge dürfen nicht durch CDU und SPD aus politischen Erwägungen abgelehnt werden.

Cordula Eger